



Barthle-Brief

Nr. 65

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

9.11.2012

Thema der Woche:

Koalition stellt Weichen für 2013

Wegweisende Entscheidungen zu Betreuungsgeld, Verkehrsinfrastruktur, Rente und Praxisgebühr

Mit wichtigen Entscheidungen hat die christlich-liberale Koalition die Weichen für das letzte Jahr vor der Bundestagswahl 2013 gestellt. Der Koalitionsausschuss beschloss am vergangenen Sonntag, das Betreuungsgeld für Kleinkinder, die keine Krippe besuchen, ab dem 1. August 2013 einzuführen. Die Praxisgebühr wird ab 1. Januar 2012 abgeschafft, und 750 Millionen Euro werden zusätzlich für Straßen, Bahn und Wasserwege bereitgestellt. Zur Bekämpfung der Altersarmut entschied die Koalition, sehr kleine Renten von Menschen, die ein Leben lang gearbeitet und privat vorgesorgt haben, aus Steuermitteln aufzustocken.

Die für die Zukunft wichtigste Entscheidung betrifft aber den Haushalt. Schon die abschließenden Beratungen im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages über den zweiten Nachtragshaushalt 2012 an diesem Donnerstag haben gezeigt: „Die enormen zusätzlichen Belastungen des Bundeshaushalts in diesem Jahr können weitestgehend aufgefangen werden. Und die Koalition baut Schritt für Schritt die strukturelle Neuverschuldung weiter ab.“, so der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Barthle.

Hintergrund: Die Neuverschuldung wird in diesem Jahr von zuletzt geplanten rund 32 Milliarden Euro auf rund 28 Milliarden Euro gesenkt. Damit können beispielsweise die Einzahlung von 8,7 Milliarden Euro in den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), die Bereitstellung des deutschen Anteils an der Kapitalerhöhung der Europäischen Investitionsbank (EIB) in Höhe von 1,6 Milliarden Euro und die weiteren 580 Millionen Euro des Bundes an die Länder für den zusätzlichen Ausbau der Kinderbetreuung nahezu vollständig aufgefangen werden. Die strukturelle Neuverschuldung des Bundes sinkt dabei von 20 Milliarden Euro im vergangenen auf geplante 15 Milliarden Euro in diesem Jahr.

Die christlich-liberale Koalition will den Weg der soliden Staatsfinanzen aber noch weiter gehen. So sollen laut Koalitionsbeschluss vom Sonntag die Vorgaben der Schuldenbremse bereits im Haushalt 2013 eingehalten werden – und damit drei Jahre früher als im Grundgesetz vorgeschrieben. Das bedeutet konkret, dass die Neuverschuldung im nächsten Jahr auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) beschränkt werden muss. Schon 2014 will die Koalition, stabile weltwirtschaftliche und europäische Rahmenbedingungen vorausgesetzt, ei-

nen Bundeshaushalt aufstellen, der ganz ohne strukturelle Neuverschuldung auskommt. Mit einem entsprechenden Eckwertebeschluss des Kabinetts im kommenden März soll die Haushaltskonsolidierung umgesetzt werden. Bei der sogenannten „roten Null“ sind nur Konjunkturschwankungen und Einmalzahlungen – wie die verbliebenen Tranchen an den europäischen Rettungsschirm ESM – aus der Rechnung ausgeklammert.

Mit der Abschaffung der Praxisgebühr von zehn Euro pro Quartal zum 1. Januar 2013, die an diesem Freitag durch den Deutschen Bundestag beschlossen wurde, werden die Bürger um zwei Milliarden Euro pro Jahr entlastet. Für Ärzte und Krankenkassen reduziert sich damit die Bürokratie. Die Mindereinnahmen der Krankenkassen werden laut Beschluss aus dem Gesundheitsfonds vollständig ausgeglichen. Dennoch schätzen die Experten, dass die Rücklagen Ende 2013 noch mehr als 10 Milliarden Euro betragen.

Die 750 Millionen Euro, mit denen der Verkehrsetat aufgestockt wird, sollen vorrangig in Neubauprojekte fließen.

Zu unserer Wettbewerbsfähigkeit gehört neben einer guten Verkehrsinfrastruktur auch eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung. Die Koalition hat sich darauf verständigt, zur Steuerung des Ausbaus Erneuerbarer Energien eine grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vorzunehmen und bis zum März 2013 Vorschläge zu machen, die die Kosten auf ein vertretbares Maß begrenzen, ein

hohes Maß an Investitionssicherheit gewährleisten und das Zusammenspiel von Erneuerbaren Energien mit der übrigen Energieversorgung verbessern.

Das Betreuungsgeld, ebenfalls an diesem Freitag in namentlicher Abstimmung beschlossen, bekommen Eltern, die für ihre ein- und zweijährigen Kinder keinen öffentlich geförderten Krippenplatz oder Tagespflege in Anspruch nehmen. Sie haben die Wahl zwischen einer Barleistung oder einem Zuschuss, der sowohl für die private Altersvorsorge als auch für die Finanzierung der Bildung ihrer Kinder verwendet werden kann.

Menschen, die mindestens 40 Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben und zusätzlich privat vorgesorgt haben, sollen ein Alterseinkommen oberhalb der Grundsicherung erhalten. Die Rente soll knapp oberhalb der Grundsicherung liegen. Außerdem soll sichergestellt sein, dass sich private Vorsorge lohnt.

Die Kosten, die durch die Beschlüsse anfallen, sind gedeckt. Spielräume ergeben sich dadurch, dass das Betreuungsgeld acht Monate später als geplant eingeführt wird, dass der Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds gekürzt wird und dass künftig Gewinne der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) an den Bund fließen können. Die KfW hatte zuletzt Rekordgewinne erwirtschaftet.

Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit

An diesem Freitag debattierte der Deutsche Bundestag über den von der Bundesregierung vorgelegten „Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2012“. In der Debatte stellten die Abgeordneten fest, dass der „Aufbau Ost“ ein zentrales Thema für die Fraktionen der christlich-liberalen Koalition ist. Es wurde deutlich, dass der Angleichungsprozess weiter voranschreitet und das Zusammenwachsen von Ost und West in vielen Bereichen positiv verläuft. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass der bisher schon erfolgreiche Prozess der wirtschaftlichen Angleichung selbst in der Wirtschaftskrise nicht unterbrochen wurde und sich im Gegenteil die Arbeitslosigkeit auf dem tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung befindet. Im Verlauf der einstündigen Debatte wurde allerdings auch deutlich, dass der Prozess des Aufholens der neuen Länder noch nicht abgeschlossen ist. So wurde ebenfalls über den Bund-Länder-Bericht zum Programm Stadtumbau Ost debattiert, aus dem hervorgeht, dass die meisten Regionen der neuen Länder in den kommenden 15 Jahren nochmals mehr als 20 Prozent der Bevölkerung verlieren werden. Der demografische Wandel und die auch zukünftige bestehende Notwendigkeit einer Einwerbung von Mitteln aus dem Europäischen Strukturfonds sind die Herausforderungen, die bei der Debatte um den Aufbau Ost deutlich wurden.

Größte Kommunalentlastung der Geschichte

Die Bundesregierung hat 2011 zugesagt, die Kommunen deutlich stärker als bisher finanziell zu unterstützen und zu entlasten. Diese Zusage wurde in dieser Woche durch die Zustimmung des Deutschen Bundestages zum Gesetz zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, das die Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung regelt, eingehalten. Damit übernimmt der Bund ab dem Jahr 2014 die vollen Kosten für die Grundversicherung. Bereits im Jahr 2013 erhöht sich der Anteil des Bundes von jetzt 45 auf 75 Prozent der Nettoaufgaben in diesem Bereich. Die kommunalfreundliche Politik der unionsgeführten Bundesregierung setzt sich weiter fort. Die kommunale Finanzmisere, die unter Rot-Grün im Jahr 2003 mit einem Kommunaldefizit von über acht Milliarden Euro ihren Höhepunkt erreichte, ist überwunden. Mehr noch, die Ursachen konnten strukturell und damit auf Dauer behoben werden. Für das laufende Jahr 2012 kann mit einem Haushaltsüberschuss der Städte, Gemeinden und Kreise von bundesweit 2,3 Milliarden Euro gerechnet werden. Profitieren wer-

den davon besonders die Kommunen, die unter drängenden Finanzproblemen leiden. Die Kostenübernahme der Altersgrundsicherung steht sinnbildlich für einen Paradigmenwechsel in der Bundespolitik. Anstelle – wie in der Vergangenheit – die Kommunen mit immer neuen Aufgaben und Ausgaben zu belasten, stärken wir die Städte, Gemeinden und Landkreise. Der für dieses Jahr errechnete Haushaltüberschuss wird sich nach Einschätzung des Bundesfinanzministeriums bis 2016 kontinuierlich auf rund 5,5 Milliarden Euro steigern und den Kommunen damit wieder erhebliche Gestaltungsspielräume zurückgeben.

Bundeswehreinsatz in Darfur

Die Bundeswehr wird sich bis Ende 2013 weiter am Einsatz in der westsudanesischen Region Darfur beteiligen. Über die Fortsetzung des Einsatzes im Rahmen der internationalen UNAMID-Operation in Darfur entschied der Deutsche Bundestag an diesem Donnerstag in namentlicher Abstimmung. Die Bundesregierung hatte dazu zuvor einen Antrag vorgelegt, in dem die Mission als „stabilisierendes Element zur Verbesserung der Sicherheitslage in Darfur und zur Begleitung der politischen Bemühungen um ein Ende der dortigen Krise unverzichtbar“ bezeichnet wird.

Mehr Wertschätzung für das Ehrenamt

Die christlich-liberale Koalition will die Arbeit von ehrenamtlich tätigen Menschen besser würdigen. Der Deutsche Bundestag beriet daher am Donnerstag in erster Lesung einen vom Bundeskabinett bereits im Oktober beschlossenen Gesetzentwurf zur Entbürokratisierung des Ehrenamtes. Der Entwurf sieht vor, dass Tätigkeiten als Trainer, Ausbilder oder Betreuer stärker steuerlich begünstigt werden sollen: Die steuerfreie Übungsleiterpauschale soll von derzeit 2.100 auf 2.400 Euro, die Ehrenamtpauschale von 500 auf 720 Euro angehoben werden. Haftungsrisiken für Ehrenamtliche sollen auf grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz begrenzt werden. Der Gesetzentwurf bedarf noch der Zustimmung des Bundesrates.

Zitat:

„Wir müssen jetzt den richtigen Weg finden, um die Wirtschafts- und Währungsunion dauerhaft zu stabilisieren, indem wir ihre Gründungsfehler beheben.“

(Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem EU-Parlament am Mittwoch in Brüssel mit Blick auf den EU-Gipfel im Dezember)